

WIR



Magazin der Jungen Bürgermeister*innen

KOMMUNALEN

1/22



NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN

eigenständiges Netzwerk unter dem
Dach des Innovators Club des DStGB



**INNOVATORS
CLUB**



**FÜR IHRE VERWALTUNG.
FÜR IHRE BÜRGER*INNEN.
FÜR IHRE UNTERNEHMEN.**
Kommunaler Glasfaserausbau mit LEONET

Aus Bayern. Für Bayern.

Mit starken, schnellen sowie zukunftssicheren Internet-Verbindungen ist das moderne Landleben auch für die junge Generation und für aufstrebende Unternehmen interessant. **Der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur** ist für Kommunen eine sinnvolle und wirkungsvolle Lösung, um Chancengleichheit mit den Ballungsräumen herzustellen.

Mit zur Zeit über 3.500 Kilometer Glasfasernetz, verteilt auf 190 bayerische Kommunen in 20 Landkreisen, über 25.000 zufriedenen Kund*innen im Rücken und einer Erfahrung von 12 Jahren erfolgreichem Glasfaserausbau in Bayern, unterstützt LEONET Sie gerne als Partner auf dem Weg in Ihre digitale Zukunft.

Als Unternehmen mit Hauptsitz in Niederbayern und einem weiteren Büro in Oberbayern bietet LEONET das ganze Programm an: Von der Finanzierung und Teilnehmergebung, über die Bauplanung und Umsetzung mit regionalen Tiefbauunternehmen bis zur Leitungsverlegung (FTTH / FTTB) und dem kundenorientierten Netzbetrieb.

Versäumen Sie es nicht, dass sich Ihre Bürger*innen und Unternehmen auch in Zukunft mit und in Ihrer Gemeinde verbunden fühlen. Das Experten-Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf einen ersten Austausch mit Ihnen.



So erreichen Sie die
LEONET Kommunalbetreuung:

Adrian Richter
Teamleitung Kommunalbetreuung
Tel.: 0151 188 15 692
kommunalbetreuung@leonet.de

Besuchen Sie unsere
Kommunen-Seite:



BAYERNS DIGITALE ZUKUNFT

LEONET.DE

Liebe kommunalpolitisch Interessierte, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Bundeskanzler hat recht. Der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine ist eine Zeitenwende, auch für uns Kommunen.

Die Menschen in der Ukraine kämpfen für ihre Freiheit, für Frieden und für die Unabhängigkeit ihres Landes. Viele Städte, Gemeinden und Kreise erklären sich mit den Kommunen in der Ukraine solidarisch. Wir werden die Kommunen dort in dieser schrecklichen Zeit nicht allein lassen.

Nach der Flüchtlingswelle 2015/2016 stehen wir vor der nächsten humanitären Mammutaufgabe. Zehntausende Ukrainerinnen und Ukrainer, die vor dem Krieg fliehen mussten, konnten schon in privaten oder städtischen Unterkünften Aufnahme finden. Es ist zu befürchten, dass es noch viele mehr werden.

Die große Bereitschaft, den Flüchtlingen aus der Ukraine zu helfen, bezieht sich nicht nur auf die Unterbringung. Es werden Spenden und Hilfsgüter gesammelt, zahlreiche Hilfskonvois mit Lebensmitteln, Medikamenten und Schutzausrüstung wurden organisiert (S. 7). Auch im Rahmen der mehr als 70 Städtepartnerschaften zwischen deutschen und ukrainischen Kommunen gibt es vielfältige Hilfe und Unterstützung (S. 5+6).

Unsere Städte und Gemeinden werden das alles leisten. Auch die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt: Handlungsfähige Kommunen können Krisen – Hand in Hand mit Bund und Ländern. Doch dafür müssen sie auch handlungsfähig bleiben und da gibt es einiges zu tun.

Natürlich brauchen Kommunen eine ausreichende Finanzausstattung, um ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können. Wir freuen uns, hier auch Bundesfinanzminister Lindner an unserer Seite zu wissen (S. 4). Und nicht nur wegen des absehbaren Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst brauchen wir eine moderne Verwaltung mit attraktiven Arbeitsplätzen und weniger bürokratische Verfahren. Unser Sprecher Michael Salomo schaut auf Förderpöfpe (S. 10+11), DBB-Chef Silberbach beleuchtet die Situation des Fachkräftemangels (S. 12+13) und Lindau bietet ein schönes Beispiel, wie man die Verwaltungsmodernisierung angeht (S. 15).

Weitere Themen sind unser vielbeachtetes Statement gegen zunehmende Übergriffe auf Amtsträger (S. 16), der Besuch vieler junger Bürgermeister*innen beim Bundespräsidenten zum Auftakt seiner „Ortszeit Deutschland“ (S. 17) und der Bericht aus Berlin unserer AG Koalitionsvertrag (S. 18). Zum Abschluss (S. 22+23) ein Ausblick auf unser Jahrestreffen im September und weitere Themen des Jahres.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Henning Witzel
Leiter Hauptstadtbüro Netzwerk Junge Bürgermeister*innen



Foto: Ingo Boelter / ASK Berlin

*Handlungsfähige
Kommunen können
Krisen – Hand in Hand
mit Bund und Ländern.
Doch dafür müssen sie
auch handlungsfähig
bleiben und da gibt es
einiges zu tun.*

IMPRESSUM

Projektleitung und Redaktion: Henning Witzel (V.i.S.d.P.), Birgit Güll, ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Anzeigen: Kerstin Böhm, ASK, Berlin. **Layout & Satz:** ASK, Berlin. **Titelbild:** Victor Kaczkowski. **Druck:** Primus Print International GmbH, Hochstraße 14, 56306 Dernbach.
Erscheinungstermin: 04/2022

CHRISTIAN LINDNER
Bundesminister der Finanzen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nirgendwo ist politisches Wirken näher an der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger als in unseren Gemeinden. Sie sind sprichwörtlich Orte der Wahrheit. Diese Erkenntnis sollte nicht nur die Engagierten in den Kommunen bestärken, sondern auch der Bundespolitik zu Demut raten. So sehr es mich freut, diese einleitenden Zeilen an Sie zu richten – umso mehr wünsche ich mir, dass wir im Regierungsviertel noch öfter Ihnen als kommunalen Verantwortungsträgern zuhören.

Der grausame Angriffskrieg Wladimir Putins in der Ukraine erfüllt nicht nur uns alle mit tiefer Erschütterung, sondern bedeutet auch neue Herausforderungen für die Gemeinden. Seien Sie daher versichert: Bei der Unterbringung von Flüchtlingen aus dem Kriegsgebiet wird die Bundesregierung die Kommunen nicht alleine lassen.

In vielem, das wir uns gemeinsam vorgenommen haben, sind wir auf Ihr Handeln vor Ort angewiesen. Das Ziel der Bundesregierung von 400.000 neuen Wohnungen können wir nur Seite an Seite mit den Gemeinden verwirklichen. Digitalisierung, moderne Infrastruktur und Energie-wende gelingen nur im Einklang mit den Interessen vor Ort.

Die Herausforderungen in den Gemeinden sind gewachsen – auch deshalb, weil Bund und Länder Aufgaben abgegeben haben, ohne die Kosten dafür zu kompensieren. Die Sicherung des Konnexitätsprinzips hat daher Priorität. Genauso müssen wir bürokratische Förderprogramme vereinfachen und den sprichwörtlichen Förderdschungel lichten. Darin sehe ich auch meine persönliche Verantwortung als Bundesfinanzminister.

Auf Förderung angewiesen sind auch viele Unternehmen, die von Corona hart getroffen wurden. Die Innenstädte nach der Pandemie zu beleben, Handel und Kultur zu stärken und neue Dynamik freizusetzen, bleibt eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre. Die Bundesregierung wird dieses Vorhaben mit vorausschauender Wirtschafts- und Finanzpolitik begleiten, die Betriebe entlastet und wirtschaftliches Potenzial in der ganzen Breite freisetzt.

Die Pandemie hat die Wirtschaft abkühlen lassen, aber das gesellschaftliche Klima erhitzt. Niemand spürt das so drastisch wie die Amtsträgerinnen und Amtsträger in den Gemeinden. So erschütternd die Drohungen gegen Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen sind, so inspirierend sind Ihr Einsatz und Ihre Resilienz. Umso mehr sind wir als Politik und Gesellschaft insgesamt in der Pflicht, Hass und Hetze Einhalt zu gebieten. Das sind wir Ihnen schuldig, um auch Sie als junge Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Ihrem Wirken zu bestärken – und darin haben Sie uns an Ihrer Seite.

Ihr

Christian Lindner
Bundesminister der Finanzen

UNSERE PARTNERKOMMUNEN IN DER UKRAINE



Martin Aßmuth, Bürgermeister der Gemeinde Hofstetten, über die Partnerschaft mit Trostjanez

„Wir unterhalten eine freundschaftliche Beziehung mit Trostjanez. Die Landgemeinde liegt 30 Kilometer südlich von Lwiw. 2019 war ich mit einer Delegation vor Ort. Wir sprechen zwar unterschiedliche Sprachen, teilen jedoch die gleichen Werte. Der Gegenbesuch fiel 2020 leider erst Corona und jetzt dem Krieg zum Opfer. Wir sind seit Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen nunmehr online in Kontakt. Unsere Vereine haben mit der Bürgerschaft jüngst die zweite Hilfsaktion organisiert, die gerade auf dem Weg ist. Ich hatte im Januar noch geplant den Sommerurlaub in der Ukraine zu verbringen. Mit meinem Bürgermeisterkollegen war ein Angelausflug verabredet. Plötzlich ist das Leben dort auf den Kopf gestellt und an Normalität ist nicht mehr zu denken. Der Krieg berührt unsere Gemeinde sehr.“

Foto: Gemeinde Hofstetten

Sina Best, Bürgermeisterin der Gemeinde Gudensberg, über die Partnerschaft mit Schtschyrez

„Die Partnerschaft besteht seit 2016. Die ersten Aktivitäten waren Kultur- und Sportveranstaltungen. Bald folgten Projekte für eine zentrale Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, zur Kartierung, jährliche Jugendbegegnungen und die energetische Sanierung einer Schule. Für die Zukunft gab es viele Pläne, die der russische Angriffskrieg jäh gestoppt hat. Jetzt läuft eine große Hilfsaktion unter Federführung des Partnerschaftsvereins. Es konnte eine stabile Lieferkette für Hilfsgüter nach Schtschyrez aufgebaut werden. Die Unterstützung aus der Bevölkerung, der Wirtschaft und den Vereinen ist enorm! Bürgermeister Oleh Vasylyshyn zeigte sich tief beeindruckt und dankbar für die Unterstützung und Freundschaft.“



Foto: privat

Foto: Gabriele Dorby

Laura Isabelle Marisken, Bürgermeisterin des Ostseebads Heringsdorf, über die Partnerschaft mit Koblewe

„Unsere Gemeinde ist seit 2020 in Kontakt mit Koblewe. Das Dorf im Südwesten der Ukraine liegt ebenfalls in einer beliebten Tourismusregion. Im September 2021 hat uns eine Delegation besucht. Erste Anknüpfungspunkte gibt es bei der Fischerei und der Gewinnung von Fachkräften für die Hotellerie und Gastronomie. Für 2022 war der Gegenbesuch geplant. Auch wollten wir gebrauchte Schulmöbel nach Koblewe liefern, leider kam es bisher wegen des Krieges nicht dazu. Wir halten weiterhin Kontakt, so gut das eben geht.“



Frank Nase, Bürgermeister der Gemeinde Barleben, über die Partnerschaft mit Schyroke

„Barleben ist seit fünf Jahren besonders freundschaftlich mit der ukrainischen Gemeinde Schyroke in der Nähe der Großstadt Saporischscha im Südosten der Ukraine verbunden. Beide Kommunen arbeiteten bereits in verschiedenen EU-Projekten zusammen. So gab es z. B. eine Zusammenarbeit im Rahmen der Peer-to-Peer-Initiative des Ausschusses der Regionen, bei der Themen wie die Ansiedlung und Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen im Vordergrund der Aktivitäten standen. Die Zusammenarbeit wurde durch das Praktikum einer ukrainischen Kollegin im Unternehmerbüro der Gemeinde Barleben verstetigt.“



Foto: privat

Foto: Stephan Noll

Stephan Noll, 1. Bürgermeister der Stadt Alzenau, über die Partnerschaft mit Kamjanka-Buska

„Nach mehreren informellen Kontakten über das Auslandsbüro der Hanns-Seidel-Stiftung unterhält die Stadt Alzenau seit 2019 eine Freundschaft mit Kamjanka-Buska, einer Kleinstadt im Westen der Ukraine. Die Zusammenarbeit ist von starker Sympathie und gemeinsamem Austausch geprägt. Unsere Partner unterstützen wir im Rahmen der dortigen Gebietsreform und teilen unser Wissen und unsere Erfahrungen bezüglich Stadtentwicklung, Ausbau der Infrastruktur, Bürgerbeteiligung, aber auch Kultur und Tourismus. Kurz vor Kriegsausbruch haben wir noch an den anstehenden Besuchsterminen geplant, nun versuchen wir bestmöglich Kontakt zu halten und helfend zur Seite zu stehen.“



Helfen ist uns eine Herzensangelegenheit

Osthessischer Hilfskonvoi zur polnisch-ukrainischen Grenze – der Bürgermeister fährt mit.

Es sind verheerende Bilder, die uns tagtäglich über die Nachrichten aus dem Kriegsgebiet in der Ukraine erreichen. Tod und Zerstörung gehören dort zur Tagesordnung.

Bei all dem Leid zeigt sich auch die Hilfsbereitschaft, der Zusammenhalt und die Solidarität einer ganzen Region. Eine private Initiative aus Osthessen hat sich kurzerhand entschlossen, ins Krisengebiet aufzubrechen und zu helfen. Durch einen Aufruf über diverse Medien kamen innerhalb kürzester Zeit zahlreiche Sachspenden zusammen. So machte sich das Team um die Initiatoren Marco und Lucian Sell schon am 4. März mit 22 ehrenamtlichen Fahrern und mit zwölf von Firmen der Region zur Verfügung gestellten Fahrzeugen (darunter Lkws, Kleintransporter und Busse) auf den Weg zur polnisch-ukrainischen Grenze. Kontakte wurden noch kurzerhand auf der Hinfahrt zum Roten Kreuz in Krakau geknüpft.

Nach wenig Schlaf wurden am Samstagmorgen in Krakau die Sachspenden auf über 100 Paletten gestapelt und dem Roten Kreuz zur Überfahrt ins Krisengebiet nach Kiew übergeben. Spontan wurde über die sozialen Medien ein Spendenaufruf getätigt. Dank der großen Hilfsbereitschaft kamen

schnell große Spendensummen zusammen, mit denen weitere Materialien (Decken, Nahrungsmittel, Babybedarf, medizinische Hilfsmittel, Medikamente und

auch Holz und Kohle werden im Grenzgebiet dringend benötigt) vor Ort beschafft wurden. Mit befüllten Fahrzeugen ging es im Konvoi dann weiter direkt ins polnisch-ukrainische Grenzgebiet nach Medyka.

Ein erschreckendes Bild bot sich den Helfern in Medyka. Vor Ort trafen sie auf viele geflüchtete Menschen – Männer, Frauen und Kinder – denen allesamt die Angst ins Gesicht geschrieben stand. Die Heimat und viele geliebte Menschen mussten zurückgelassen werden. Viele kamen trotz klirrender Kälte nur mit unzureichender Bekleidung und total durchgefroren im Kriegsgebiet an.

Doch umso größer war die Dankbarkeit für die Unterstützung und die übergebenen Materialien. In den Aufnahmeeinrichtungen auf polnischer Seite wurden die geflüchteten Personen mit Essen versorgt und bekamen beheizte Unterkunft. Jedoch handelt es sich dabei nicht um einen Dauerzustand, da die Anzahl der Betten für die weiter flüchtenden Personen an Kapazitätsgrenzen stößt. Zwanzig ukrainischen Flüchtlingen konnten wir Plätze in den Fahrzeugen anbieten und sie mit nach Deutschland nehmen – darunter eine Familie mit einem gerade einmal drei Monate alten Baby. Allen unter die Haut

Foto: XXX



Das Helferteam lädt in Krakau mit Unterstützung des polnischen Roten Kreuzes die Sachspenden ab, die weiter nach Kiew in die Ukraine transportiert werden.

ging die Nachricht, die einen 13-jährigen Jungen auf der Fahrt erreichte: Sein gleich-jähriger Freund ist in der Ukraine ums Leben gekommen.

Die strahlenden Kinderaugen und die Dankbarkeit sind es, die diese Fahrt für die Hilfskräfte trotz großer Strapazen und wenig Schlaf unvergesslich machen. Darüber hinaus wurde dem Initiator des Hilfskonvois, Marco Sell, die Patenschaft für das dreimonatige Kind angeboten. Er nahm diese ehrenvolle Aufgabe sehr gerne an.

Gerade in diesen Krisenzeiten zeigen sich der große Zusammenhalt und die Solidarität der Gesellschaft. So sehr wir auch hoffen, dass dieser Krieg schnell vorbei ist, so sehr wird die Hilfe in und um die Ukraine derzeit benötigt. Für uns ist das eine Herzensangelegenheit und wir sind sehr dankbar für die sehr großzügige Unterstützung mit Sach- und Geldspenden.



ANDRE STENDA
Bürgermeister der Gemeinde Hohenroda

Foto: Andre Stenda



Die Hilfsbereitschaft ist immens hoch. Viele Personen haben beim Verladen der Sachspenden geholfen.

Fotos: Marco Sell



Handschlag in friedlichen Zeiten: Städtepartnerschaften stärken den kommunalen Zusammenhalt über Grenzen hinweg.

Städtepartnerschaften auf dem Prüfstand?

Deutsche Kommunen stehen ihren ukrainischen Partnerinnen und Partnern zur Seite

Als Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global verfolgen wir mit großer Sorge die aktuellen Entwicklungen des russischen Angriffs auf die Ukraine. Doch was sich bereits abzeichnet: Gerade in dieser schwierigen Lage wollen deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise ihre kommunalen Partnerinnen und Partner nicht alleine lassen. „Die vergangenen zehn Jahre haben wir eng zusammengearbeitet und viel miteinander gefeiert. Jetzt, in dieser Notsituation, helfen wir einander ganz selbstverständlich“, so Oberbürgermeisterin Simone Luedtke aus dem sächsischen Borna. Die Kriegereignisse stellen das partnerschaftliche Engagement zwischen deutschen und ukrainischen Kommunen vor große Herausforderungen. Umso mehr beeindruckt die Entschlossenheit, mit der Borna und zahlreiche weitere deutsche Kommunen handeln. Bereits über 60 Schutzsuchende sind in den ersten beiden Kriegswochen nach Borna gekommen. Sie stammen aus Irpin nahe Kiew, einer Stadt, mit der Borna seit 45 Jahren partnerschaftlich verbunden ist.

Auch Freiburg hat es sich mit Blick auf die seit 30 Jahren bestehende Partnerschaft mit Lwiw zur Aufgabe gemacht, sich für die Bürgerinnen und Bürger dort einzusetzen. Drei Sattelzüge verließen die Stadt wenige Tage nach Kriegsbeginn. Geladen hatten sie Klinikbedarf wie Beatmungsgeräte und Medi-

kamente im Gesamtwert von etwa drei Millionen Euro. Weitere Transporte sind geplant.

Eine ganz junge Städtepartnerschaft ist die zwischen dem nordrhein-westfälischen Hürth und Peremyshlyany nahe Lwiw. Sie besteht seit 2021. Dass kommunale Partnerschaften Menschen verbinden und direkt beteiligen, auch in so kurzer Zeit, macht dieses Beispiel deutlich. Seit dem Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine sammeln die Hürtherinnen und Hürther Geld für die Partnerstadt, in der Rathaus-Tiefgarage nehmen Freiwillige Sachspenden entgegen. Bereits am ersten März-Wochenende verließen zwei Lkws mit Hilfsgütern die Stadt, fünf Tage später folgten die nächsten beiden Führer für Peremyshlyany.

Den Überblick behalten

Das Engagement der Kommunen ist riesig, doch die Bedingungen in der Ukraine ändern sich schnell. Gerade deswegen sind verlässliche Informationen wichtig. Die von uns seit 2015 angebotene Austauschplattform des deutsch-ukrainischen Partnerschaftsnetzwerks dient Kommunen aktuell dazu, sich gegenseitig über Aspekte wie Transportmöglichkeiten von Hilfsgütern in die Ukraine, Zollvorschriften, Begleitdokumente oder Bedarfslisten zu informieren.



DR. STEFAN WILHELMY
Bereichsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global

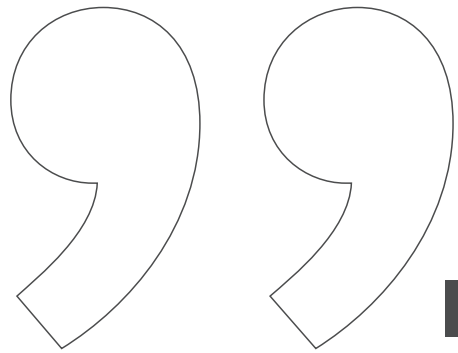
Foto: Martin Magunia

Entstanden war die durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderte Plattform, um den entwicklungspolitischen kommunalen Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und ukrainischen Kommunen voranzubringen. Ihre Themen reichten von Abfallwirtschaft über Energieeffizienz, nachhaltige Stadtentwicklung und Krisenvorsorge bis hin zu guter lokaler Regierungsführung. Seit 2015 erhöhte sich die Zahl der partnerschaftlichen kommunalen Verbindungen stetig: Aktuell sind es 72 Partnerschaften, Freundschaften beziehungsweise Kontakte.

Ukrainische Partnerstädte gesucht

Jährer Abbruch von partnerschaftlichen Kontakten seit Kriegsbeginn? Das gibt es sicherlich, doch uns zeigt sich vorrangig ein anderes Bild: das der Solidarität. Mehrere deutsche Städte suchen derzeit nach einer Partnerkommune in der Ukraine. Das veranschaulicht: Kommunaler Zusammenhalt lohnt sich – für alle Seiten, auch unter herausfordernden Bedingungen.

Borna, Freiburg, Hürth und viele weitere: Einzelnen gesehen sind sie besonders anteilnehmende Kommunen. Gemeinsam stehen sie für die Relevanz und Wirksamkeit deutsch-ukrainischer Partnerschaften – auch und gerade in so schwierigen Zeiten wie diesen.



ICH LIEBE MEIN RATHAUS ...

*... die Bauweise ist typisch für die Region. Es zeichnet sich durch seine drei sehr gut harmonisierenden Flügel aus. Das ursprüngliche Rathaus auf dem Bild ist von 1912, mein Büro liegt im zweiten Flügel – passenderweise aus meinem Geburtsjahr 1980. Der neueste Flügel, in dem auch die örtliche Polizeistation untergebracht ist, wurde 2015 fertiggestellt. Im Rathaus arbeiten rund 60 Gemeindemitarbeiter*innen, angeschlossen ist ein moderner Sitzungssaal aus Glas, der nicht nur bei langen Sitzungen einen schönen Blick auf unseren tollen Kirchenvorplatz bietet. Auf dem Sitzungssaal wurde außerdem ein insektenfreundliches Gründach geschaffen. Wer heutzutage elektrisch unterwegs ist, hat vor dem Rathaus die Möglichkeit, an einer Schnellladesäule zu tanken.*



JULIA
SAMTLEBEN
Bürgermeisterin der
Gemeinde Stockelsdorf

Foto: Gemeinde Stockelsdorf



Fotos: Gemeinde Stockelsdorf



GEMEINDE
STOCKELSDORF.

Schleswig-Holstein,
Landkreis Ostholstein,
16.982 Einwohner.

www.stockelsdorf.de

Fördermittel und ihre Probleme



Die Erstausrüstung von Tablets für Schüler und Lehrer wird gefördert, für die Kommune entstehen aber hohe dauerhafte Folgekosten für Installation und Wartung sowie auch zusätzliche Personalkosten.

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Föderalismus das Ergebnis eines historischen Prozesses. Laut Grundgesetz sind die Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Kommunen klar getrennt.



MICHAEL SALOMO

Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim an der Brenz und Sprecher des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen

Die große Problematik besteht darin, dass immer mehr Aufgaben an die Kommunen übertragen werden, die Einnahmen jedoch nicht im gleichen Maße angepasst werden können. Die Kommune finanziert sich aus Grundsteuer, Gewerbesteuer und Schlüsselzuweisungen, die sich unter anderem aus der Einkommensteuer ergeben. Grund-

und Gewerbesteuer sind nur in einem gewissen Maße anpassungsfähig. Um kommunale Infrastruktur schaffen oder erhalten zu können, sind die Kommunen immer öfter auf Fördermittel des Bundes oder der Länder angewiesen.

Aufgaben werden vielfältiger

Den Gemeinden muss laut Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Aufgaben des Bundes sind in Artikel 72 ff. im Grundgesetz definiert.

Die Kernaufgaben der Länder sind unter anderem Bildung, Polizeiwesen sowie die Gerichtsbarkeit in Amts-, Land- und Oberlandesgerichten.

Der Aufgabenkatalog von Kommunen wird hingegen immer vielfältiger: von der Kleinkinderbetreuung über Digitalisierung bis zum Klimawandel, Entwicklung von Hitzeplänen und Vorbereitungen auf Starkregenereignisse, um nur einige zu nennen. In Zukunft werden auch wieder die Themen der Unterbringung von geflüchteten Menschen sowie der Zivilschutz eine größere Rolle spielen.

Förderprogramme mit Tücken

Bund und Länder versuchen durch Förderprogramme die Kommunen zu unterstützen. Jedoch bringen die Förderprogramme unzählige Tücken mit sich. Gibt es beispielsweise Fördermittel für Schulsportstätten, aber das Schulgebäude der Stadt hat ein undichtes Dach, nützt der zur Verfügung gestellte zweckgebundene Fondertopf wenig.

Die Fördermittelpolitik des Bundes und der Länder animiert die Kommunen, Anschubin-

vestitionen vorzunehmen. Was an Infrastruktur aufgebaut wird, belastet im weiteren Verlauf den Haushalt mit Folgekosten. Deshalb sind einmalige projektbezogene Förderungen zwar gut gemeint, aber auf Dauer ein Problem für Städte und Gemeinden.

„Eine starke Demokratie braucht handlungsfähige und finanziell besser ausgestattete Kommunen und nicht bevormundete Gebietskörperschaften.“

Ein aktuelles Beispiel ist die Digitalisierung der Schulen. Es ist nicht damit getan, die Kosten für die Erstausrüstung mit Tablets für Schüler und Lehrer zur Verfügung zu stellen. Es entstehen Folgekosten für die Installation der Geräte, Wartung, Ersatzbeschaffungen sowie auch Personalfolgekosten. Hier müssen die Kommunen verlässlich handlungsfähig bleiben.

Handlungsfähig bleiben

Es gibt zwar viele Fondertöpfe, aber manche werden überzeichnet, während andere gar nicht ausgeschöpft werden, weil man sie nicht umsetzen will oder wegen der zu erwartenden Folgekosten gar nicht umset-

zen kann. Es werden Gelder in Fondertöpfen gebunden, die dringend für das Alltagsgeschäft benötigt werden.

Um bei den unzähligen Herausforderungen unserer Politik handlungsfähig zu bleiben, ist es nicht zu empfehlen, noch mehr Förderprogramme auf den Weg zu bringen, sondern den Kommunen allgemein mehr Geld direkt zur Verfügung zu stellen.

Dies hätte folgende positive Effekte:

- 1.) Mehr Personal würde frei, um an den Projekten und nicht an den Förderanträgen und deren Abrechnungen zu arbeiten.
- 2.) Die kommunale Vielfalt und Besonderheiten einzelner Regionen könnten viel besser berücksichtigt werden.
- 3.) Gemeinderäte und Verwaltung könnten für die Örtlichkeit angebrachte Lösungen schaffen und wären nicht durch die Förderrichtlinien gegängelt (z.B. kommt man in

keine Schulförderprogramme, da zu wenig auswärtige Schüler vorhanden sind, oder nur ein Teil der Schulen saniert werden kann wegen des Eigenanteils usw.).

Für eine starke Demokratie braucht es handlungsfähige und finanziell besser ausgestattete Kommunen, die den anstehenden Herausforderungen gerecht werden können, und nicht bevormundete Gebietskörperschaften, die Form, Zeit und Ausführungsart vom Fördergeber erhalten. Der Gesetzgeber kann durch die Gesetzgebung die Politik beeinflussen und nicht durch Fondertöpfe, da diese auch sehr häufig über die Zuständigkeit des Fördergebers hinausgehen (als Freiwilligkeitsleistung), jedoch die Güte der Umsetzung vom Fördergeber festgesetzt wird. So könnte der Bund ein Förderprogramm für deutsche Geschichtsbücher erlassen, in dem die Geschichte so dargestellt werden müsste, wie er es wünscht, und wer in den Genuss der Förderung kommen will, muss sich dem fügen. Dieses Vorgehen stellt für mich die komplette föderale Struktur infrage und erscheint sogar verfassungsfeindlich, da auf diese Weise das Grundgesetz umgangen werden könnte.

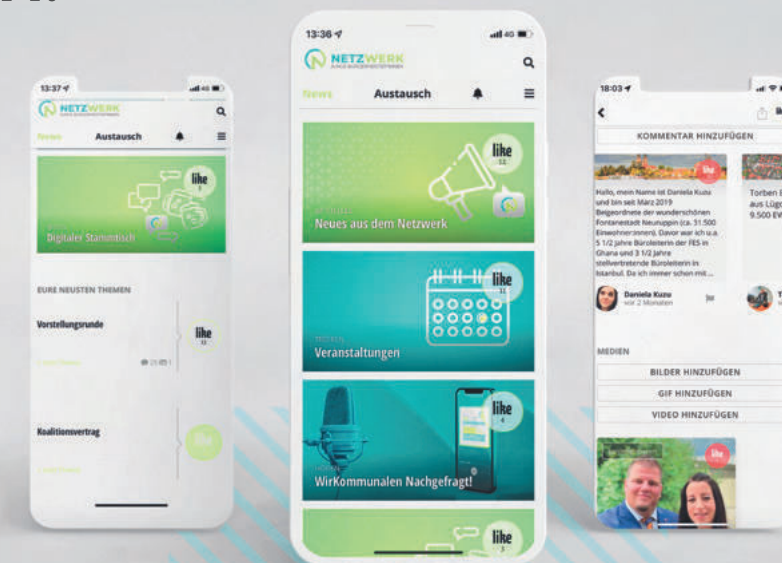
DIE NJB-APP IST DA. JETZT ANMELDEN!

Die App ist **exklusiv nur für euch junge Bürgermeister*innen**, um einen möglichst offenen Austausch zu ermöglichen. Es gibt einen Überblick zu den neuen Aktivitäten, zu Veranstaltungen und unserem Podcast. Vor allem aber dient die App dem Austausch untereinander.

Beim erstmaligen Verwenden der App bitte den Unternehmensschlüssel „NJB“ eingeben, dann könnt ihr euch mit eurem Namen anmelden.



Jetzt QR-Code scannen oder einfach im App Store nach **ik-Up!** suchen



Probleme bei der Nutzung? Bitte eine kurze Rückmeldung an netzwerk@junge-buergermeisterInnen.de

FACHKRÄFTE GESUCHT!

Den öffentlichen Dienst zukunftsfest aufstellen

Kommunalverwaltung: vom Dauer-Stresstest zur attraktiven Arbeitgebermarke.



ULRICH
SILBERBACH
Bundesvorsitzender
des dbb

Foto: Marco Urban

Fachkräftemangel, Digitalisierung, Klimaschutz, der demografische Wandel – die Liste der Herausforderungen, vor denen unser Staat und insbesondere die rund 11.400 Kommunen in Deutschland stehen, ist lang. Ohne einen personell und technisch aufgabengerecht ausgestatteten leistungsfähigen und motivierten öffentlichen Dienst werden diese Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen sein.

„Es muss mehr getan werden, um junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.“

Gut Staat zu machen ist allerdings zunehmend schwierig geworden in den letzten Jahren, nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie. Der öffentliche Dienst, personell und technisch schlecht ausgestattet, befindet sich quasi im Dauer-Stresstest. Aus den Fehlern der Vergangenheit müssen die politischen Verantwortlichen lernen und dürfen auf keinen Fall wegen der hohen Corona-Ausgaben den Rotstift beim öffentlichen Dienst anlegen. Eine neuerliche Sparwelle, die den öffentlichen Sektor weiter schwächt,

wäre ein historischer Fehler. Was wir jetzt brauchen, sind viel mehr neue Investitionen in den öffentlichen Dienst und die staatliche Infrastruktur. Im Vergleich der OECD-Staaten und im europäischen Vergleich investiert Deutschland unterdurchschnittlich in seinen öffentlichen Dienst. Wir haben in Deutschland auch weniger Personal als vergleichbare Staaten. Es liegt auf der Hand, dass sich das auch bei der Leistungsfähigkeit bemerkbar macht.

Vor diesem Hintergrund ist eines der drängendsten, wenn nicht sogar das dringlichste Problem, vor denen aktuell alle staatlichen föderalen Ebenen und vor allem die Kommunen stehen, der akute Fachkräftemangel, der sich durch den demografischen Wandel zukünftig noch verstärken wird. Immer mehr Gemeinden, Städte und Landkreise suchen händeringend nach Personal. Ob klassische Verwaltung, Bauamt, IT-Administration, Friedhofswesen,

Müllabfuhr, Jobcenter, Stadtreinigung, Wasserwerke oder Kläranlagen – in nahezu allen Sparten werden neue Mitarbeitende gesucht. Aktuell fehlen uns im öffentlichen Dienst insgesamt mehr als 330.000 Beschäftigte für die Erledigung der Aufgaben. Diese dramatische Lage wird sich durch den demografischen Wandel zukünftig noch verstärken. In den nächsten zehn Jahren werden 1,27 Millionen Beschäftigte altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden. Der Personalmangel in den Kommunen, wo rund 80 Prozent der Dienstleistungen der öffentlichen Hand angeboten werden, hat schon heute für die Bürgerinnen und Bürger weitreichende Konsequenzen bei der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Der öffentliche Dienst sollte in allen Gebietskörperschaften gestartete Personalgewinnungsstrategien nachhaltig ausweiten. Es muss mehr getan werden, um junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Zum einen müssen die Ausbildungskapazitäten der Verwaltungs-

hochschulen dringend erhöht werden. Das alleine wird aber nicht reichen, der Staat muss auf potenzielle Kandidatinnen und Kandidaten bestenfalls schon in den Schulen und Universitäten zugehen und offensiv für sich als Arbeitgeber werben. Insbesondere die Städte und Gemeinden müssen neue Wege bei der Personalsuche gehen und gezielt für die Vorteile einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst werben. In der öffentlichen Wahrnehmung dominieren immer noch tradierte Vorstellungen über verstaubte, schwerfällige und streng bürokratische Amtsstuben. Diese Vorstellungen sind längst überholt, wir müssen die eigene Attraktivität, die Stärken und Vorteile einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst auf kommunaler Ebene wieder stärker herausstellen. Eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist familienfreundlich, sicher, flexibel und vor allem im Dienste des Allgemeinwohls. Hilfreich wäre es, mit einer einheitlichen Arbeitgebermarke „Öffentlicher Dienst“ flächendeckend bei allen Dienstherren und Arbeitgebern für eine Karriere in staatli-

„Eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist familienfreundlich, sicher, flexibel und vor allem im Dienste des Allgemeinwohls.“

Zudem muss der öffentliche Dienst für Nachwuchskräfte noch attraktiver werden. Wir müssen den jungen Menschen, die sich für eine Karriere im öffentlichen Dienst entscheiden, Perspektiven, Planungssicherheit und attraktive Bedingungen bieten können. Hierzu gehören beispielsweise eine



Der öffentliche Dienst muss weg vom Image der Amtsstube

Foto: pixello

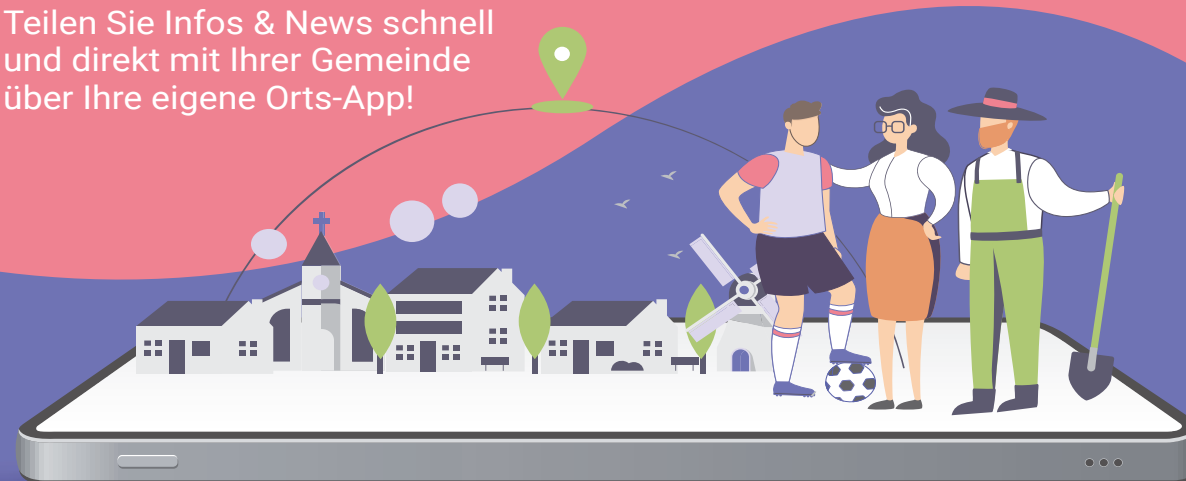
angemessene Bezahlung, eine zeitgemäße technische Ausstattung, flexible Arbeitszeitmodelle und eine moderne und innovative Verwaltungskultur. Dies schließt eine Modernisierung der Ausbildungsinhalte genauso wie den massiven Ausbau der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten mit ein.

Den öffentlichen Dienst müssen wir in die Zeit stellen, damit er für zukünftige Herausforderungen gewappnet ist. Das fängt bei einer gründlichen Aufgabenkritik an und führt über eine neue Führungskultur bis zu einer echten und umfassenden Digitalisierung. Wenn dann noch deutlich in den öffentlichen Dienst investiert wird und die Länder ihre Kommunen bei den anstehenden Herausforderungen nachhaltig unterstützen, bin ich mir sicher, dass unsere Gemeinden, Städte und Landkreise bestens für die Zukunft aufgestellt sind.

ANZEIGE

Verbessern Sie die Kommunikation in Ihrem Ort mit einer eigenen App!

Teilen Sie Infos & News schnell und direkt mit Ihrer Gemeinde über Ihre eigene Orts-App!



Jetzt gratis Test-App für Ihren Ort erhalten:
www.orts-app.de/kostenlos-testen

ORTs App

Erst der Anfang einer fatalen Entwicklung

Was können kleine Kommunen tun, um Fach- und Führungskräfte zu gewinnen?

Es wurde und wird viel dazu geschrieben, dass der Fachkräftemangel in den Rathäusern angekommen ist - doch was wir aktuell spüren, ist erst der Anfang einer fatalen Entwicklung: Bis Ende des Jahrzehnts werden die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer in den Ruhestand gehen - nach einer aktuellen Prognose von McKinsey¹ betrifft das bis 2030 etwa 1,8 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Diese Entwicklung trifft den gesamten öffentlichen Sektor, im Besonderen allerdings kleine Kommunen, die hinsichtlich der gehaltlichen Rahmenbedingungen in der Regel gegenüber Großstädten und Kreisverwaltungen zurückstecken müssen und somit im Wettbewerb um geeignete Kandidat*innen den Kürzeren ziehen. Was können kleine Kommunen tun, um Fach- und Führungskräfte zu gewinnen? Aus unserer Erfahrung gibt es hier drei Ansatzpunkte: Personalsuche, Personalauswahl sowie Personalentwicklung.

Personalsuche

Die Positionierung als attraktiver Arbeitgeber bedeutet zunächst, sich über eigene, individuelle Stärken bewusst zu werden und diese nach außen zu kommunizieren - gerade als kleine Kommune, die vielen Einwohner*innen als Arbeitgeberin womög-



JULIA SCHWICK
zfm-Beraterin,
Wirtschaftspsychologin, M.Sc.

lich gar nicht präsent ist. Essenziell ist die Etablierung einer Karriereseite auf der eigenen Homepage: Potenziellen Bewerber*innen muss es hierbei möglichst leicht gemacht werden, Informationen über die Kommune als Arbeitgeberin (Benefits, Führungswerte, Ausstattung der Arbeitsplätze, Familienfreundlichkeit, Weiterbildungsmöglichkeiten etc.) sowie über Vakanzen und Möglichkeiten für Initiativbewerbungen zu erhalten. Neben der Karrierewebsite bietet ein Social-Media-Auftritt eine gute Option, mit potenziellen Bewerber*innen in den direkten Kontakt zu treten. Darüber hinaus bieten sich Kooperationen mit Hochschulen aus der Region (durch Praxisprojekte, Vorträge, Veranstaltungen, Jobmessen) an, um möglichst nah an den Absolvent*innen zu sein. Kommunen sollten sich zudem darüber bewusst sein, dass ihre aktuellen Mitarbeitenden die besten Multiplikatoren sind, um positiv über ihren Arbeitgeber zu berichten.

Personalauswahl

Im Bereich der Personalauswahl geht es im Besonderen um die Optimierung des Bewerbungsprozesses: Viele Kommunen haben durch langwierige Entscheidungs- und Beteiligungsprozesse einen strukturellen Nachteil gegenüber Arbeitgebern aus der Privatwirtschaft. Hier gilt es, die Prozesse dort zu verschlanken, wo es möglich ist, einen stetigen und verbindlichen Kontakt zu den Kandidat*innen zu halten und Verzögerungen im Prozess transparent zu erläutern. Ein Bewerbungsgespräch ist heute zudem eine Auswahl für beide Seiten - auch Bewerber*innen muss die Möglichkeit geboten werden, ihren potenziellen Arbeitgeber kennenzulernen.

Letztlich bietet ein systematisches Onboarding insbesondere für kleine Kommunen eine gute Möglichkeit, neuem Personal einen positiven Einstieg zu bieten.

Personalentwicklung

Die „Gewinnung“ von Fach- und Führungskräften endet nicht mit der Einstellung. Gutes Personal ist gerade im öffentlichen

Sektor aktuell so gefragt, dass Fach- und Führungskräfte potenziell jederzeit den Arbeitgeber wechseln können - an entsprechenden Angeboten mangelt es ihnen nicht. Aus diesem Grund kommt es immer mehr auch darauf an, als Kommune Fach- und Führungskräfte langfristig zu binden. Es gilt, auch als kleine Kommune individuelle Karrierepläne aufzuzeigen - nicht nur für Führungskräfte (z.B. über Nachwuchsführungskräfteprogramme), sondern auch für Fachkräfte - denn heutzutage streben viele fähige Mitarbeitende eben nicht mehr nach einer Führungsposition. Dies kann beispielsweise durch die Erweiterung des Aufgabenspektrums, aber auch Job Rotation erfolgen.



Ein Bewerbungsgespräch ist heute eine Auswahl für beide Seiten.

Neben einem umfassenden Personalentwicklungskonzept kommt es darauf an, die Arbeitszufriedenheit und Arbeitsfähigkeit der Mitarbeitenden aufrechtzuerhalten. Die Bedürfnisse der Mitarbeitenden müssen ernst genommen, Angebote zur Flexibilisierung von Arbeitszeit und -ort, aber auch Angebote zum betrieblichen Gesundheitsmanagement oder Teambuilding stetig erweitert werden. Zudem können Mitarbeitendenbefragungen und regelmäßige Mitarbeitendengespräche dabei helfen, einen Überblick über die Stimmung in der Belegschaft sowie Entwicklungspotenziale der Kommune als Arbeitgeberin zu erhalten.

¹ Zur Prognose von McKinsey



3-2-1: Startschuss für Verwaltungsmodernisierung

In der Stadt Lindau am Bodensee stehen die Zeichen auf Bürgerfreundlichkeit und Service.

Die Corona-Pandemie und insbesondere die Lockdowns waren einerseits Bremser, zugleich aber auch Treiber der Entwicklung. Die Stadtverwaltung musste sehr schnell auf die neuen Entwicklungen reagieren. Kreativität war gefragt - und digitale Lösungen. Von heute auf morgen waren wir gefordert, mobiles Arbeiten von zu Hause einzuführen, das aber zugleich arbeitsrechtlich, datenschutzrechtlich und arbeitsmedizinisch sicher sein sollte. Ähnlich wie auch die Wirtschaft neue Konzepte entwickelte - wie Onlinelieferdienste, virtuelle Fachmessen und Streaming, entwickelten wir innerhalb der Verwaltung neue Strukturen der internen Kommunikation, etwa über Onlinekonferenzen.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) vor Augen, haben wir im September 2021 ein eigenes Amt für Organisationsentwicklung und Digitalisierung geschaffen mit dem Ziel, den digitalen Veränderungsprozess zu konzipieren, anzustoßen und die Verwaltung strategisch und unter Einbindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf das digitale und moderne Zeitalter vorzubereiten. Amtsleiter Jörg Denkel führte intensive Gespräche mit den städtischen Organisationen, um Erwartungen, Wünsche und Bedürfnisse an Organisation und IT zu erfahren und zu analysieren. Dazu kommt das Netzwerken mit anderen Kommunen und externen Experten, um sich über sinnvolle Herangehensweisen und bereits erprobte Lösungen für die Verwaltungsmodernisierung zu beraten.

Seit Dezember 2021 arbeiten wir verstärkt am Zielbild unserer modernisierten Verwaltung und den strategischen Handlungsfeldern. Anfang dieses Jahres wurde eine

Digitalisierungsprozess, dem modernen Arbeitsplatz und zukünftigen strategischen Projekten abgefragt. Ziel ist, die Mitarbeiterschaft von Anfang an in den Veränderungsprozess einzubinden.

Insgesamt konnten wir fünf zentrale Handlungsfelder ausmachen. Aufgrund der gesetzlichen Pflichten und Fristen muss als erstes die Digitalisierung der Bürgerservices (OZG) vorangetrieben werden. Zur Unterstützung der Fachabteilungen in ihrer Verantwortung zur Digitalisierung bauen wir derzeit eine Koordinations- und Supporteinheit auf, um die gemeinsame Umsetzung voranzutreiben und zu beschleunigen. Zentrale Leistungen wie die Einführung eines ePayment-Dienstes, Portallistungen und Dienstleisterkoordination werden schon heute vom Amt für Organisationsentwicklung und Digitalisierung gesteuert.

Um zukünftig effizient zu digitalisieren und damit die Verwaltungsleistung mittelfristig zu optimieren, müssen die Prozesse einer Organisation bekannt und dokumentiert sein. Dabei bildet die Einführung eines operativen Prozessmanagements das Rückgrat für eine Organisation. Parallel und darauf aufbauend muss sich die Stadtverwaltung kontinuierlich zu einer papierloseren Verwaltung entwickeln. Die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems ist hierfür unabdingbar und dient als technische Basis durch standardisierte Erfassung, Bearbeitung, Verwaltung und revisionssichere Archivierung von Dokumenten in digitaler Form.

Angesichts der geschilderten hohen Auslastung der Organisations- und IT-Abteilung können die genannten Projekte nur mit zusätzlichen Ressourcen angestoßen und

ausführliche Mitarbeiterumfrage durchgeführt. Hier wurden Zustimmungswerte und Feedback zu Themengebieten wie Zielbild und Werteverständnis der Verwaltung, dem allgemeinen



Das alte Rathaus von Lindau

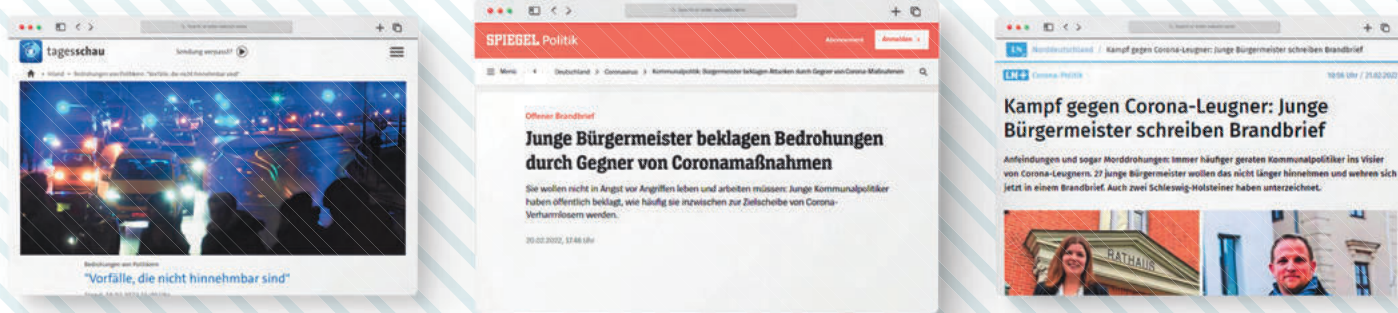
vorangetrieben werden. Für die Umsetzung des OZG werden wir einerseits Aufgaben umverteilen, andererseits zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen. Externe Expertinnen und Experten sollen den Prozess begleiten, um effektives Arbeiten zu ermöglichen und eine zeitliche Erleichterung zu erreichen.

Entscheidender Faktor ist und bleibt jedoch die Kommunikation: Frühzeitige, transparente und regelmäßige Kommunikation beugt Spekulationen und Gerüchten vor, signalisiert, dass uns als Stadt die Sorgen und Ängste der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig sind, und vermittelt Dringlichkeit, Visionen, Fortschritte und Entscheidungen. Strategische Kommunikation ist der Schlüssel zum Erfolg.



DR. CLAUDIA ALFONS
Oberbürgermeisterin der
Stadt Lindau am Bodensee

Viele Nachrichtenportale, Tageszeitungen, Radio- und TV-Stationen haben unser Statement aufgegriffen.



Junge Bürgermeister*innen verurteilen Bedrohung von Amtsträger*innen

Hohe mediale Beachtung unseres Statements zur Radikalisierung im Umfeld der Kritik an der Corona-Politik.

„Seit Dezember häufen sich Vorfälle, die nicht hinnehmbar sind“, so die jungen Bürgermeister*innen. Exemplarisch hingewiesen wird auf die Fackelaufmärsche vor den privaten Wohnsitzen der sächsischen Gesundheitsministerin Petra Köpping und des jungen Amtskollegen Daniel Szarata, Oberbürgermeister von Halberstadt.

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen berichteten über Drohschreiben aus dem Umfeld des selbst ernannten „Major Jansen“. Der inzwischen festgenommene hatte öffentlich Todesurteile „verhängt“ aber auch die Adressen von über 10.000 kommunalen Amtsträgern veröffentlicht. „Insgesamt geraten die Kommunen immer stärker in den Fokus“, stellen die jungen Bürgermeister*innen fest.

Die 27 Unterzeichner*innen aus dem Netzwerk Junge Bürgermeister*innen verurteilen diese Ereignisse aufs Schärfste. Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele stellt grundsätzlich einen Angriff auf unsere offene Gesellschaft dar. „Gerade kommunale Amtsträger können leicht zu Zielen werden:

Für die Bürgermeister*innen ist es wichtig, vor Ort präsent zu sein und den unmittelbaren Kontakt zu ihren Mitbürgern zu pflegen. Gleichzeitig genießen sie nicht den gleichen Schutz wie staatliche Amtsträger auf Landes- oder Bundesebene“, heißt es in der Stellungnahme.

Am Samstag, 19. Februar, veröffentlicht, hat unser Statement schnell eine hohe Beachtung gefunden. Am Tag der Veröffentlichung startete „Business Insider“ mit der exklusiven Meldung. Kurz darauf zogen Tagesschau und ntv nach. Bei AFP lief die Nachricht über den Ticker. Sonntag stand es dann schon auf Spiegel online. Auch regional gab es hohe Resonanz: Vom „Schwarzwälder Boten“ über die „Lübecker Nachrichten“ bis zur „Magdeburger Volksstimme“. Mehrere Berichte und Interviews im Radio und im TV folgten.

**27 junge
Bürgermeister*innen
reagieren mit
„Brandbrief“**



Viele junge Bürgermeister*innen waren zur Auftaktveranstaltung von „Ortszeit Deutschland“ ins Schloss Bellevue eingeladen.

Städte und Gemeinden stärken

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier lädt zur Diskussion.

Corona-Pandemie, Klimawandel und nun auch noch der Krieg in der Ukraine – einerseits scheint es, dass die Kommunen gar nicht mehr aus dem Krisenmodus herauskommen. Andererseits zeigt aktuell der Krieg in der Ukraine mit der größten Fluchtbewegung in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs: Die Hilfsbereitschaft der Menschen ist groß, das Land rückt zusammen. Diese beiden Pole hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum Auftakt seiner Besuchsreihe „Ortszeit Deutschland“ beschrieben. Über das „Zusammenhalten in Krisenzeiten“, „Beispiele aus der aktuellen Flüchtlingshilfe“ sowie „Perspektiven nach der Pandemie“ diskutierten Vertreter der Kommunen und der Zivilgesellschaft mit dem Staatsoberhaupt in seinem Amtssitz Schloss Bellevue. Stark vertreten war das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen.

Politik, Verwaltung, Ehrenamtliche und Zivilgesellschaft: Alle sind gefordert. Doch zwei Jahre im Krisenmodus aufgrund der Pandemie haben die Menschen müde gemacht. Nicht nur in Vereinen, Verbänden und den Rathäusern. Auch die Familien hatten einen großen Anteil der Lasten zu tragen. Gerade war absehbar, dass sich das Leben in Stadt und Land wieder normalisieren würde, da brach der Krieg in der Ukraine aus.

Millionen von Menschen sind auf der Flucht, sie müssen untergebracht werden. Knapp 80

Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist wieder Krieg in Europa, fast vor unserer Haustür. Trotz Pandemie und ihren Folgen geht eine Welle der Hilfsbereitschaft durch das Land.

Die Teilnehmer*innen in drei Diskussionsrunden beschrieben die Situation in ihren Kommunen. Bürger bieten Städten und Gemeinden Wohnraum für die Geflüchteten an, sammeln Hilfsgüter, organisieren Transporte. Im brandenburgischen Zossen wurde zum Beispiel innerhalb kürzester Zeit eine alte Schule durch Freiwillige zur Unterkunft für Flüchtlinge umgebaut. Kurz: Die Zivilgesellschaft entfaltet ihre Kraft.

Alle zeigten sich überwältigt von der großen Hilfsbereitschaft. Aber sie alle machten auch deutlich: Deutschland und Europa seien erst am Anfang dieser Krise. Es gehe in Zukunft vor allem auch darum, die Geflüchteten zu integrieren. Dies verlange eine gute Kooperation von Haupt- und Ehrenamtlichen. Auf beiden Seiten sei es wichtig darauf zu achten, dass die Menschen durchaus am Rande ihrer Leistungsfähigkeit seien.

In welche Richtung es unter anderem auch für die Kommunen gehen muss, erläuterte Michael Salomo, Sprecher des Netzwerks junge Bürgermeister*innen und Oberbürgermeister von Heidenheim an der Brenz. Er richtete einen dringenden Appell an den Bundespräsidenten: „Wir müssen die Ausbildungszahlen im öffentlichen Dienst deutlich erhöhen.“ Dies gelte vor allem für den höheren und gehobenen Dienst. Hier geben der Bund und die Länder durch die Studienplätze an den Verwaltungshochschulen die Linie beziehungsweise Kapazitäten vor. Diese seien erheblich zu gering. „Wir dürfen

die hauptamtlichen Strukturen nicht vernachlässigen“, sagte Salomo, „die kleinen und mittleren Kommunen bluten personell aus.“

Der Bürgermeister wies insbesondere vor dem Hintergrund der beginnenden Diskussionen über die Schaffung von Wohnraum für die Geflüchteten sowie ihre Integration, den Umgang mit dem Klimawandel und die Zeit nach der Pandemie auf das Dilemma in Städten und Gemeinden hin. Was nütze es, beispielsweise Konzepte für zusätzliche Wohnungen vorzulegen, wenn es in den kommunalen Verwaltungen niemand gebe, der darüber entscheiden könne, weil beispielsweise Stellen im Bauamt nicht besetzt werden könnten?

Mönchengladbachs junger Oberbürgermeister Felix Heinrichs machte zudem darauf aufmerksam, dass die Kommunen gerade finanziell viel zu schultern, durch die Pandemie jedoch einen noch größeren Schuldenberg angehäuft hätten. Viele der teilnehmenden kommunalen Amtsträger forderten deshalb eindringlich, Städte und Gemeinden finanziell besser zu stellen. Wenn diese mehr Spielraum hätten, könnten sie gerade das Ehrenamt stärken – und zwar nicht nur in Vereinen und Verbänden, im Sport, in der Kultur. Ehrenamt bedeute zum Beispiel auch, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. Im Orts- oder Gemeinderat, in den Ausschüssen und anderen Gremien werde letztlich die Basis für die Demokratie geschaffen.

Autor: Ulf Buschmann



Fotos: Henning Witzel

„Mehr Fortschritt wagen“

Der Koalitionsvertrag aus Sicht des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen

Bundestag insbesondere mit Finanzthemen betraut. Besondere Erwähnung verdient das intensive Arbeitsgespräch mit allen Mitgliedern der „Jungen Gruppe“ der FDP-Fraktion, die von Martin Gassner-Herz koordiniert wurde und an der auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Carina Konrad teilnahm. Alle Teilnehmer*innen waren sich einig, sich weiter inhaltlich austauschen zu wollen. Am Mittwochmorgen ging es mit einem politischen Frühstück weiter. Mit der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Verena Hubertz und der JUSO-Bundesvorsitzenden Jessica Rosenthal gab es einen konstruktiven Dialog über den Koalitionsvertrag. Auch hier soll der Austausch fortgesetzt werden, u. a. mit einer Einladung in die Arbeitsgruppe „Kommunales“ der SPD-Fraktion.

Bearbeitet wurden unter anderem Fragen zur Digitalisierung, zur Verwaltungsmodernisierung und zu digitalem Staat, zum schnelleren Breitbandausbau und einer besseren Mobilfunkversorgung in der Fläche, aber auch Fragestellungen zu Umwelt- und Klimaschutz und zur Energieversorgung wurden aufgegriffen. Es ging um alternative Mobilitätsangebote im ländlichen Raum, aber auch um den Gleichklang von Netzausbau und intelligenten Ladesystemen. Einen Schwerpunkt bildete die Sicherstellung einer handlungsfähigen Verwaltung und einer modernen kommunalen Infrastruktur mit stabilen Finanzen. Betont wurde die Notwendigkeit zur Verschlinkung und Kom-

plexitätsreduzierung der Verwaltungsvorschriften bei Förderprogrammen. Zudem wiesen die Teilnehmer*innen auf eine bessere Einhaltung des Konnexitätsprinzips und das Erfordernis zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen anhand praktischer Beispiele hin. Die jungen Bürgermeister*innen verdeutlichten insbesondere praktische Umsetzungsprobleme von Projekten, die sich aus Bagatellgrenzen, Vergabevorschriften und anderen gesetzlichen Hürden ergeben. Angeregt wurde zudem, dass, obwohl sich im Koalitionsvertrag der drei Regierungsparteien keine Ausführungen zum



Mit Grünen-MdB Karo Otte (r.) im Sitzungsraum in der großen Halle des Jakob-Kaiser-Hauses

Schutz von Amtsträgern wiederfinden, dies angesichts von „Spaziergängern“ und zunehmenden Übergriffen auf Amtsträger dennoch nicht von der Bundespolitik ignoriert werden darf.

Auf dem Weg zwischen den Terminen mal rasch am Brandenburger Tor vorbei: Julia Samtleben, Lena Weber und Wiebke Sahin-Schwarzweiler (v.l.n.r.).

Sechs junge Bürgermeister*innen hatten, stellvertretend für das Netzwerk, den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung von SPD, Grünen und FDP aus der kommunalen Perspektive durchforstet. Viel Detailarbeit auf 178 Seiten mussten Martin Afsmuth, Julia Samtleben, Dr. Ulrich Richter-Hopprich, Lena Weber, Leopold Bach und Wiebke Sahin-Schwarzweiler leisten.

Anregungen, Fragen und Meinungen wurden in einer Videokonferenz vorbesprochen und die extrahierten Arbeitsergebnisse allen Netzwerkmitgliedern in der NJB-App zur Verfügung gestellt, wofür es breiten Zuspruch und Unterstützung gab.

Die Schwerpunkte wurden am 15. und 16. Februar 2022 in einem Termin-Marathon mit Abgeordneten der Regierungsparteien und der CDU/CSU persönlich in Berlin besprochen. Zunächst traf sich die Arbeitsgruppe mit Karo Otte, Berichterstatterin für Kommunalpolitik der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, ehe ein Austausch mit den CDU-Abgeordneten Johannes Steiniger als Mitglied des Bundesvorstands und Yannick Bury stattfand. Beide MdB sind als Mitglieder des Haushaltsausschusses im Deutschen

„Wir müssen die Verwaltungsvorschriften bei Förderprogrammen vereinfachen.“

ANZEIGE

„Überlassen Sie die Besetzung von Führungspositionen nicht dem Zufall ...“

– Edmund Mastiaux, Inhaber



zfm • Seit 25 Jahren Personalberatung für Verwaltungen und kommunale Unternehmen
www.zfm-bonn.de

Zusammenarbeit mit Start-ups im öffentlichen Sektor? Ja, bitte!

Was in der Privatwirtschaft längst gang und gäbe ist, setzt sich im öffentlichen Sektor nur langsam durch: die Zusammenarbeit mit Start-ups und innovativen KMU. Beide Seiten berichten von Hürden, die eine Zusammenarbeit in vielen Fällen erschwert.

Die größten Hürden aus der Sicht von Start-ups und innovativen KMU

Start-ups geben im Austausch mit dem Kompetenzzentrum innovative Beschaffung (KOINNO) an, dass bei den Eignungskriterien oftmals sehr hohe Anforderungen an potenzielle Bieter gestellt werden (z. B. Mindestumsatz, wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit, Personalstamm und Referenzprojekte). Auch die oft geforderten Geschäftsberichte aus den letzten Jahren kann ein Start-up in der Regel nicht vorweisen. Zudem wird der Anschaffungspreis oft sehr hoch gewichtet – und dies meist zulasten anderer, z. B. innovations- oder umweltbezogener Kriterien. Auch der Umfang und die Komplexität öffentlicher Ausschreibungen können für Überforderung bei den jungen Unternehmen sorgen.

Wie kann eine Ausschreibung Start-up- und KMU-freundlicher gestaltet werden?

Um oben genannte Hürden zu reduzieren, braucht es auf Nachfragerseite u. a. erweiterte Kenntnisse über geeignete, rechtssichere Instrumente zur Beschaffung von innovativen Produkten. Ebenso sollte bei (komplexen) Beschaffungsvorhaben die Durchführung einer Markterkundung dem Ausschreibungsverfahren vorgeschaltet sein. So werden infrage kommende neuartige Produkte oder Lösungen identifiziert und die eigene Marktkenntnis aufgefrischt, was einen Ausschlag hin zu innovativen Lösungen geben kann.

Die Ausschreibung an sich sollte möglichst Start-up-freundlich und innovationstauglich gestaltet werden. Dazu eignen sich unter anderem die folgenden Instrumente:

Funktionale Leistungsbeschreibung:

■ Der Auftraggeber beschreibt nur die Anforderungen an die Funktion der Leistung und überlässt die konkrete Ausgestaltung der Leistung dem Auftragnehmer. ■ Die Bieter können innerhalb dieses vorgegebenen Rahmens eine Lösung erarbeiten und ein Angebot für die Realisierung unterbreiten.

Aufteilung großer Aufträge in kleinere Fachlose:

■ Die Aufteilung von Aufträgen in einzelne „Fachlose“ und „Teillöse“ schafft Möglich-

WIE INNOVATIV IST IHRE BESCHAFFUNGSINSTITUTION?
Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) geförderte Kompetenzzentrum innovative Beschaffung (KOINNO) bietet öffentlichen Auftraggebern die Möglichkeit, die Innovationsorientierung ihrer Vergabe-/Beschaffungsstelle in einem dreistufigen Zertifizierungsprogramm kostenlos validieren zu lassen.
Erfahren Sie mehr zur Zertifizierung unter:
www.koinno-bmw.de/zertifizierung

keiten für Bieter mit geringeren operativen Kapazitäten.

Vermeidung von zu restriktiven Eignungskriterien:

■ Trotz fehlender Referenzen und Umsatzberichte können Start-ups über die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten verfügen. ■ Der geforderte Mindestumsatz darf das Zweifache des Auftragswertes nicht überschreiten. ■ Eine Erklärung über den Umsatz der letzten drei Geschäftsjahre darf der Auftraggeber nur verlangen, wenn entsprechende Angaben beim Unternehmen verfügbar sind. ■ Überzogene Anforderungen an die Personalstärke oder Qualifikation des Personals sind unzulässig.

Zulassen von Nebenangeboten:

■ Auftraggeber können Nebenangebote in der Auftragsbekanntmachung oder in der Aufforderung zur Interessensbestätigung zulassen oder vorschreiben. ■ Nebenangebote führen oft zu einem Zuwachs an Anbietern und Lösungen, was den Wettbewerb stärkt.

Die Zusammenarbeit zwischen Beschaffern und kleinen, innovativen Unternehmen hat das Potenzial, Anforderungen u. a. in Bezug auf die Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung der öffentlichen Verwaltung effizient zu lösen. Dazu muss jedoch auf beiden Seiten ein Verständnis für die Bedürfnisse und Hürden des jeweils anderen herrschen und man muss gewillt sein, diese auf beiden Seiten abzubauen.

ANZEIGE



KOINNO-Zertifizierung

Auszeichnung für innovative öffentliche Auftraggeber

- Unbürokratisch
- Objektiv und kostenfrei
- Wissenschaftlich verifiziert

KOINNO
KOMPETENZZENTRUM
INNOVATIVE BESCHAFFUNG

www.koinno-bmw.de



Fotos: Veolia / Heiko Reibsch

Das Abwasser-Monitoring von Veolia auf 40 Kläranlagen in Europa macht deutlich, dass Abwasser-Analysen schneller als PCR-Tests der Corona-Infizierten detaillierte Hinweise zu neuartigen Viren und der Dynamik einer Pandemie geben.

Immer einen Schritt voraus

Abwasser-Monitoring als Pandemie-Frühwarnsystem.

Überwachungssysteme warnen uns vor Einbrechern. Und was tun wir, wenn neuartige Viren wie SARS-Cov-2 im Umlauf sind? Dann kann uns der genaue Blick ins Abwasser eindeutige Fakten über den Gesundheitszustand der Menschen liefern, noch bevor Krankheitssymptome auftreten.

Dass ein Abwasser-Monitoring funktioniert, zeigen die Analysen des Umweltdienstleisters Veolia. Seit Mai 2021 nimmt das Unternehmen die Abwässer von 40 Kläranlagen in Europa gezielt mit PCR-Tests und Sequenzierung unter die Lupe. Auch auf zwölf Kläranlagen in Deutschland. Die Ergebnisse: Abwasser-Analysen geben frühzeitig Hinweise zu neuartigen Viren und der Dynamik einer Pandemie.

Nach Bekanntwerden der Omikron-Mutante in Südafrika und der ersten Diagnostik bei erkrankten Reiserückkehrern Ende November 2021 hatte Veolia eine gezielte Sequenzierung auf vier Kläranlagen in Deutschland vorgenommen. „Bereits am 5. Dezember 2021 konnten wir auf einer Kläranlage Omikron als

neue Mutante identifizieren und knapp eine Woche später deutliche Omikron-Spuren im Abwasser aller vier Kläranlagen nachweisen“, erklärt Dr. Matthias Staub, Leiter Kommunalentwicklung bei Veolia. „Anschließend verbreitete sich die Omikron-Mutante rasant und war bereits zu Jahresbeginn 2022 in allen Regionen, wo wir die Abwässer untersucht haben, dominierend“, erinnert Staub.

„Momentan fokussieren wir uns in Deutschland sehr auf die PCR-Analysen der Corona-Infizierten. Dabei ist es grundsätzlich doch unwichtig zu wissen, ob Herr Müller oder Frau Meier das Virus in sich trägt. Wichtiger ist es vielmehr, Mutanten zu erkennen und einschätzen zu können, wie hoch die Mutanten-Rate in einem Ort ist und wie schnell sich das Virus verbreitet“, sagt

Staub. Eine regelmäßige Sequenzierung des Abwassers könne dazu klare Ergebnisse liefern und dabei helfen, schneller handlungsfähig zu sein. Damit lassen sich stichprobenartige Sequenzierungen von Proben aus Nasen- oder Rachenabstrichen zur Bildung

Carsten Berliner, Leiter Betrieb Abwasser, überwacht die Messdaten der Kläranlage des AZV Eisleben - Süßer See in Rollsdorf (Sachsen-Anhalt) am Rechner.



einer epidemiologischen Überwachung einfach ergänzen, erklärt der Veolia-Experte. Die Zuverlässigkeit des Verfahrens würde zweifellos für diese Vorgehensweise sprechen und die Gesellschaft würde davon profitieren. Veolia kann helfen, diesen Weg zu beschreiten und ein Abwasser-Monitoring schnell und kostengünstig auf Kläranlagen etablieren.



DR. MATTHIAS STAUB
Leiter kommunale Entwicklung Veolia

Foto: Veolia / Daniel Schmitt

Lokalprojekte bietet personelle Unterstützung für Kommunen

Kommunen sehen sich mit großen Herausforderungen im Kontext der Personalgewinnung und des Fachkräftemangels konfrontiert. Gerade auch in Krisenzeiten fehlt es Kommunen oft an flexibler, schnell einsetzbarer personeller Unterstützung.

Lokalprojekte unterstützt Kommunen dabei, mit Macher*innen aus Wirtschaft und Gesellschaft Projekte gemeinsam voranzubringen. Das trägt zur Lösung großer Herausforderungen auf lokaler Ebene bei und stärkt digitale, moderne Arbeitsweisen im Arbeitsalltag der Kommunen. Die Macher*innen bilden ganzheitliche Netzwerke zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Was bietet Lokalprojekte?

- Gemeinnütziges Angebot zur Personalgewinnung von z.B. Querwechsler*innen aus der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft
- Umsetzung der vergüteten, sechsmonatigen Vollzeit-Projektarbeit (i.d.R. auf dem Wege der Arbeitnehmerüberlassung - keine Planstelle erforderlich)
- Bildendes Begleitprogramm als Auftakt für die gemeinsame Projektarbeit mit Einführungstagen mit digitaler Lernplattform



Was?
Kompetenztransfer durch Projektarbeit



Wie lange?
i.d.R. 6 Monate, je nach Projekt



Wo?
Vor Ort in der Kommune



Bilden?
Bildendes Begleitprogramm für Macher*innen und Pat*innen aus der Kommune



Wer?
Motivierte Macher*innen aus Wirtschaft & Gesellschaft



Wie?
Voll angestellt bei Lokalprojekte und für das Projekt an die Kommune überlassen



Warum?
Für die Menschen in der Region einsetzen und gemeinsam lokal etwas bewegen



Vergütung?
Vergütung in Anlehnung an den Tarifvertrag öffentlicher Dienst

AKTUELL: Die Aufnahme und Unterbringung von Menschen aus der Ukraine stellt Kommunen deutschlandweit vor eine Vielzahl neuer Aufgaben, für die häufig das Personal fehlt und auf üblichem Weg nicht schnell genug gewonnen werden kann. Lokalprojekte unterstützt Kommunen kurzfristig bei der Gewinnung von zusätzlichen Kräften, um diese Herausforderung zu meistern. Sie brauchen zusätzliche Macher:innen, die vor Ort schnell und unkompliziert mit anpacken?

Melden Sie sich jetzt unter hallo@lokalprojekte.de
Mehr Informationen auch hier: www.lokalprojekte.de/kommunen



Lokalprojekte
Lokal. Gemeinsam. Machen.

SAVE THE DATE! DER TERMIN UNSERER JAHRESTAGUNG STEHT FEST

Für die Jahrestagung des Netzwerks im Herbst laufen die Vorbereitungen. Am 19. und 20. September 2022 laden wir wieder nach Berlin ein. Das Umweltforum in Friedrichshain ist ein Veranstaltungsort mit Historie. Die umgebaute Kirche bietet einen Mix aus Alt und Neu: einen großen Saal mit 17 m Deckenhöhe, moderne Seminarräume. Dazu gibt es selbst erzeugten Ökostrom und Honig vom eigenen Dach.

Also jetzt schon mal den Termin im Kalender notieren!

Jahrestreffen der Jungen Bürgermeister*innen 2022 - 19. und 20. September 2022, Umweltforum, Berlin-Friedrichshain.



Foto: Sebastian Creumer

Geplant ist am ersten Tag wieder mit einem Netzwerkabend der jungen Bürgermeister*innen und der jungen MdB zu beginnen. Auch einen Dinner-Talk mit einem prominenten Gast wird es wieder geben.

Am zweiten Tag stehen dann Vorträge, Impulse und Diskussionen mit spannenden Referent*innen aus der Bundespolitik auf dem Programm. Als Hauptredner*innen sind Bundesinnenministerin Nancy Faeser sowie Verkehrs- und Digitalminister Volker Wissing angefragt.

In mehreren Workshops wollen wir aktuelle Themen unserer Kommunen diskutieren. Jetzt geht es an die Planung des konkreten Konferenzprogramms. Eure Wünsche können also noch berücksichtigt werden.

Wer sich seinen Platz schon mal sichern möchte: www.junge-buergermeisterinnen.de/anmeldung



oder QR-Code scannen:

An beiden Konferenztagen lädt eine begleitende Fachausstellung unserer Partner und Sponsoren ein, sich über interessante kommunale Lösungen und Dienstleistungen zu informieren. Und auch wenn es noch mehr als sechs Monate bis zum Start des Jahrestreffens sind: die Standflächen und Präsentationsmöglichkeiten bei unserer Jahrestagung sind sehr nachgefragt, sodass einige bereits ausgebucht sind.

WAS GIBT ES NOCH?

- Anfang Juni wollen wir einen gemeinsamen Besuch junger Bürgermeister*innen auf der IFAT in München anbieten.
- Für Ende Juni planen wir eine Veranstaltung zum Thema Nachhaltige Mobilität, (voraussichtlich) in der Hessischen Landesvertretung in Berlin.
- Und kurz nach unserer Jahrestagung im September soll in Österreich das dortige Netzwerk Junge Bürgermeister*innen aus der Taufe gehoben werden.

Wer Interesse an weiteren Infos zu diesen Veranstaltungen hat, meldet sich per Mail: netzwerk@junge-buergermeisterinnen.de

Veranstaltungshinweis

Dialog 2030 – kommunale Entwicklungspolitik für das Jahrzehnt des Handelns

Jetzt ist die Zeit zu handeln! Wenn wir die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 bis zum Zieljahr 2030 umsetzen wollen, gibt es noch viel zu tun. Viele Städte, Landkreise und Gemeinden leisten bereits heute einen zentralen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung. Aber es gilt, die gemeinsamen Anstrengungen weiter zu verstärken und auf aktuelle Herausforderungen in der Welt zu reagieren. Gemeinsam schauen wir auf die zentralen Fragen der kommenden Jahre: Wie hängen Klimawandel und Pandemieursachen zusammen? Wie unterstützen sich kommunale Partnerschaften in Krisenzeiten? Wie werden fairer Handel und faire Beschaffung zum Standard? Und wie erklären Kommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern die Zusammenhänge der Einen Welt?

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global und die Stadt Bonn laden Sie am 5. und 6. Mai 2022 herzlich ein, diese Fragen gemeinsam zu diskutieren, passgenaue Lösungen für die Umsetzung Ihrer Nachhaltigkeitsthemen zu finden und gemeinsame kommunale Positionen zu entwickeln! Freuen Sie sich auf einen Impuls von Yvonne Aki-Sawyer, Oberbürgermeisterin von Freetown, Sierra Leone, sowie praxisnahe Diskussionen zur Umsetzung der Agenda 2030 mit Ramona Schumann, Bürgermeisterin von Pattensen, Matthias Dießl, Landrat des Kreises Fürth, und vielen mehr.

Die Konferenz ist eine Austauschplattform für kommunale Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und kommunalen Unternehmen sowie der Zivilgesellschaft.

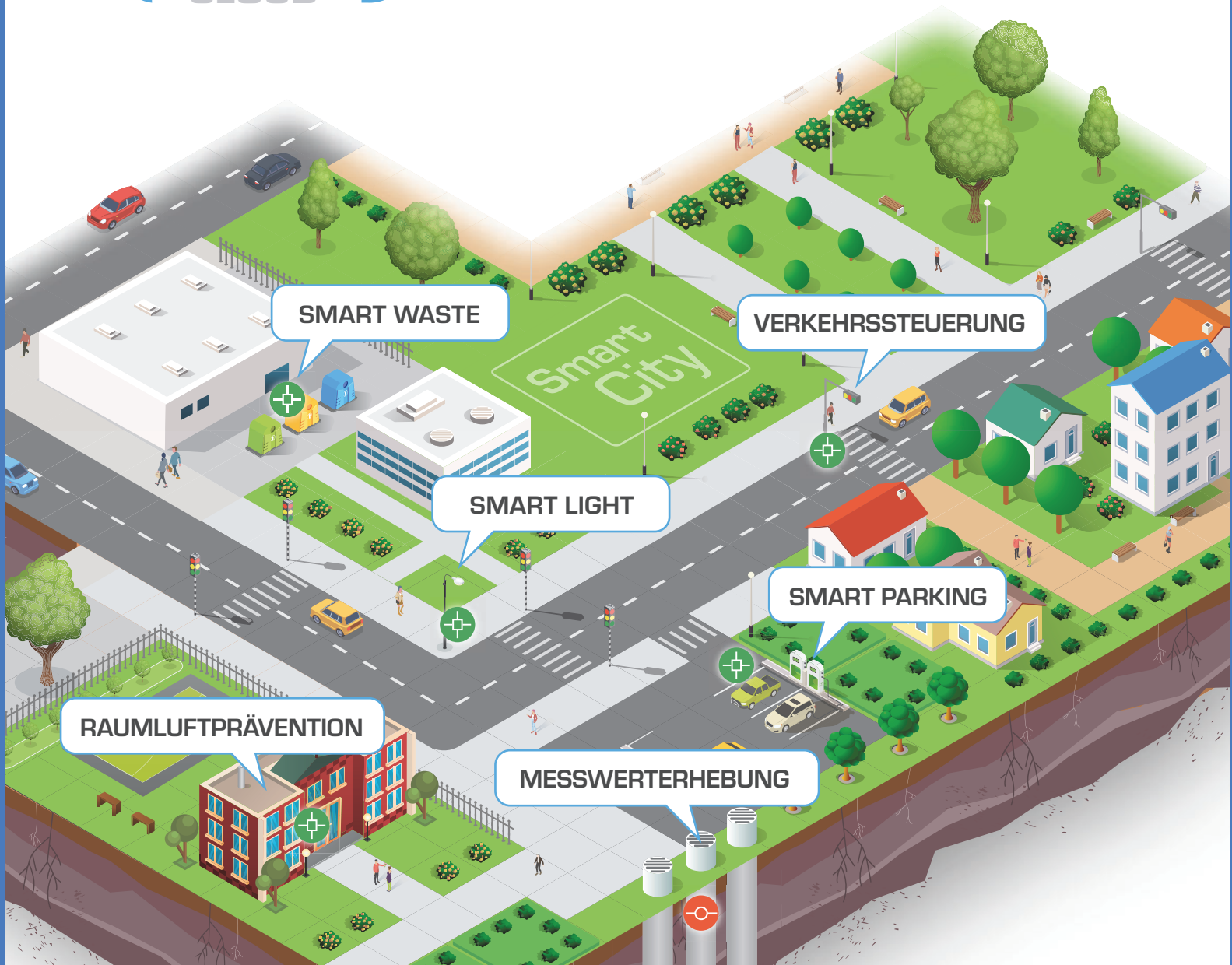
Die kostenfreie Anmeldung und aktuelle Informationen finden Sie hier:

<https://skew.engagement-global.de/preview.php/dialog-bonn-pakt-agenda-2030-kommunal.html>



QR-Code scannen
und kostenfrei
anmelden!

Engagement Global gGmbH
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Friedrich-Ebert-Allee 40
53115 Bonn
Info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de



Für smarte Kommunen.

Ihre Chance: Platzieren Sie sich jetzt als regionaler Infrastrukturdienstleister. Auf der Basis von **LoRaWAN** bieten sich auch Kommunen eine Vielzahl an neuen Geschäftsfeldern im Umfeld des Internet-of-Things an.

Mit der **PROGRES IoT-Plattform** bietet die **co.met GmbH** Ihnen eine Lösung und Dienstleistungen rund um die Erhebung, Verarbeitung und Visualisierung der Sensor- bzw. Messdaten.

Gerne geben wir Ihnen einen Überblick über Anwendungsmöglichkeiten in Ihrem Umfeld.

Legen Sie jetzt die optimale Grundlage für die Zukunft und besprechen Sie gerne mit uns Ihre Anforderungen!



co.met GmbH
Hohenzollernstraße 75
66117 Saarbrücken

Ein Unternehmen der Landeshauptstadt Saarbrücken
und der Stadtwerke Saarbrücken GmbH